

# Der Kampf gegen Entmietung

OSTEND Nachbarschaftsinitiative NBO zeigt in einer Ausstellung Praktiken der Vertreibung

VON SABRINA BUTZ

Sechzehn Schautafeln mit Zeitungsartikeln und anderem Infomaterial sind seit Donnerstag im Frankfurter Garten zu sehen, sie erzählen ein Stück trauriger, aber auch typischer Frankfurter Stadtentwicklung. Da geht es etwa um die Martin-Luther-Straße 61-63 im Nordend, wo es einmal neun günstige Mietwohnungen gab – bis das Haus zweimal verkauft und dann komplett in Eigentumswohnungen umgewandelt wurde. Nach einem zwölfjährigen „Kampf“ gaben 2018 die letzten Mieter auf und zogen aus.

Eine von ihnen war Barbara Kaiser, die die Nachbarschaftsinitiative Nordend, Bornheim, Ostend (NBO) mitbegründet hat. Auf der NBO-Homepage finden sich Videos, in denen Betroffene von den verschiedenen „Entmietungspraktiken“ erzählen:

Das beginnt mit angebotem Geld für einen Auszug und geht bis zur Kernsanierung; so dass Menschen plötzlich ohne Dach, ohne Fenster, ohne Heizung oder mit einem zugemauerten Schornstein in ihren Wohnungen leben. Die 59-jährige Kaiser nennt das „Terror“ und sagt: „In so einer Situation stellt man ganz schnell fest, dass man als Mieter eigentlich ganz, ganz allein ist.“ Genau dafür soll die NBO Ansprechpartnerin und Unterstützerin sein.

Auf einer anderen Tafel geht es um die Wingerstraße 21 im Ostend, die als Symbol für Gentrifizierung bundesweite Berühmtheit erlangte. Als Symbol dafür, wie langjährige Mieterinnen, unter ihnen auch eine Über-80-Jährige, für mehr Profit vertrieben werden. Im Video erzählt die ehemalige Mieterin Almuth Meyer, wie es beim „Kampf“ immer auch darum gegangen sei, endlich Prozesse und Gesetze anzustoßen, die solche Praktiken verhindern.

Außerdem zeigt die Ausstellung bisherige Erfolge der NBO.



Ein Stück traurige, aber auch typische Stadtgeschichte wird im Frankfurter Garten präsentiert. ROLF OESER

## DIE INITIATIVE

Die Nachbarschaftsinitiative Nordend Bornheim Ostend (NBO) besteht aus circa 20 Mietern aus genannten und weiteren Stadtteilen. Seit 2013 setzen sie sich gegen Verdrängung, Luxussanierungen, Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und Mietsteigerungen durch Modernisierungen ein.

So zum Beispiel die 2015 initiierte „Frankfurter Erklärung“, die sich gegen die Vertreibung von Mietern aus ihren Wohnungen wendet und sich schützend vor diese stellt, sowie die Einrichtung der städtischen Stabsstelle Mieterschutz im Januar 2019.

Jürgen Ehlers von der NBO hält bei der Eröffnung eine Rede

Montags ab 18 Uhr trifft sich die Gruppe im Innenhof des AWO-Gebäudes in der Eichwaldstraße 71.

Die Wanderausstellung im Frankfurter Garten am Danziger Platz ist am 22. und 23. August, 14 bis 18 Uhr, zu sehen, nbo-frankfurt-am-main.info saha

mit dem Titel: „Wir haben einiges erreicht, ohne wirklich etwas zu ändern“. Denn nach wie vor würden „Mieter mit kriminellen Methoden drangsaliert, damit sie ihre Wohnung verlassen“ – und oft trauten sie sich eben nicht, sich dagegen zu wehren.

Ehlers kritisiert auch, dass es in Frankfurt viel zu wenige Sozi-

alwohnungen gebe und dass die vorhandenen nach einigen Jahren ihre Mietpreisbindung verlieren. Die meisten Änderungen seien nur „faule Kompromisse“, es brauche endlich neue politische Rahmenbedingungen. Als positives Beispiel nennt er Wien, wo inzwischen 60 Prozent aller Haushalte in bezahlbaren Sozialwohnungen lebten. Die Situation in Frankfurt sei eben „kein Naturgesetz“ und könne geändert werden. Dafür brauche es aber endlich deutliche Kritik an der Annahme, der Markt würde schon alles „optimal regeln“, so Ehlers. „Es braucht Druck von unten für Veränderung“. Und wie die Sprecherin der NBO, Rita Krötzig, deutlich macht, brauche es auch mehr Unterstützung von Seiten der Politik.